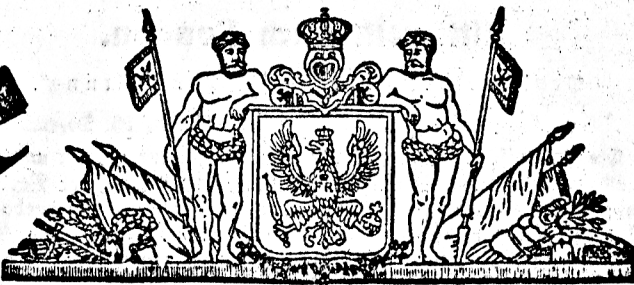


Vossische



Zeitung

Begründet 1704
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 5,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 50% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22 26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 294

Der Wortlaut der Entente-Note.

Die bereits angekündigte Antwort auf unsere Note vom 14. Dezember, die der Vorsitzende der Friedenskonferenz in Paris der Deutschen Delegation zugehen ließ, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben von Ihrem Schreiben vom 14. d. M. Kenntnis genommen. Sie haben mit Genugtuung festgestellt, daß die Deutsche Regierung ihre Ansicht teilt, wonach alle Bestimmungen des Vertrages vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gemäß seinen Schlußbestimmungen Anwendung finden, gleichviel, ob die Ratifikation der Regierung der Vereinigten Staaten vorliegt oder nicht. Sie nehmen Akt davon, daß die Deutsche Regierung den Grundsatz anerkennt, wonach sie sich ebensowenig wie einer der übrigen hohen vertragsschließenden Teile auf die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten an der ersten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden berufen kann, um irgend eine Bestimmung des Vertrages in Frage zu stellen. In der Tat würden alle Ansprüche oder Vorbehalte in dieser Hinsicht mit den im Vertrage selbst deutlich zum Ausdruck gebrachten Absichten in Widerspruch stehen.

2. Was die Sicherungsmittel betrifft, von deren Anwendung die Alliierten und Assoziierten Mächte hoffen absehen zu können, so möchten diese Mächte feststellen, daß die Deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, daß, wenn nach der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits die im Vertrage vorgesehenen besonderen Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht anerkannten verschiedenen Verfahrenarten genau Anwendung finden werden.

3. Hinsichtlich des Teiles des Protokolls, der sich auf die Entschädigung für die Verfertigung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow bezieht, sind die Alliierten und Assoziierten Mächte nach Prüfung der Angelegenheit der Ansicht, daß sie auf der Unterzeichnung des Protokolls, so wie es ist, bestehen müssen.

4. Das Verfahren zum Zwecke der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands ist in der Note der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919 dargelegt worden, worin deutlich gesagt ist, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte bereit sind, ihre auf Herausgabe von 400 000 Tonnen Schwimmböden, Schwimmkränen, Schleppern und Baggern lautende Forderung zu ermäßigen, falls stichhaltige Gründe eine solche Ermäßigung rechtfertigen.

5. Andererseits haben die Alliierten und Assoziierten Mächte Kenntnis davon erhalten, daß kürzlich gewisse Schwimmböden, Schwimmkräne und Bagger verkauft worden sind. Sie weisen darauf hin, daß bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von der deutschen Delegation dargestellt wird, kein derartiger Verkauf von den Alliierten und Assoziierten Mächten anerkannt werden wird, der vorgenommen worden ist in der Zeit zwischen dem 3. November 1919, dem Tage der ersten Mitteilung des Wortlauts des Protokolls an die Deutsche Regierung, und dem Tage, an dem Deutschland die Entschädigung für den Zwischenfall von Scapa Flow geleistet haben wird.

6. Die deutschen Delegierten haben mündlich den Antrag gestellt, von der Auslieferung der in dem Protokoll erwähnten fünf Kleinen Kreuzer abzusehen; sie haben vorgeschlagen, dafür fünf der zurzeit auf den deutschen Werften im Bau befindlichen Kleinen Kreuzer nach Maßgabe ihrer Fertigstellung zu liefern. Dieses Verlangen ist in der deutschen Note vom 14. Dezember 1919 nicht enthalten. Die Artikel des Protokolls müssen angenommen werden, so wie sie sind. Jede Veränderung würde mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch stehen.

7. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind bereit, sobald nach der Unterzeichnung des Protokolls die aus Anlaß des Zwischenfalls von Scapa Flow internierten deutschen Offiziere und Mannschaften frei zu lassen, mit Ausnahme derjenigen, die etwas eines Kriegsverbrechens beschuldigt werden.

lassen, mit Ausnahme derjenigen, die etwas eines Kriegsverbrechens beschuldigt werden.

Der Inhalt der Antwortnote der Alliierten bringt trotz der technischen Verzögerung der Uebersetzung nichts wesentlich Neues, geschweige denn Ueberraschendes. Denn durch eine französische Vorankündigung waren wir bereits darüber informiert, daß „der englische Standpunkt“ in der Frage der Auslieferung von schwimmendem Werkmaterial durchgedrungen ist. Dementsprechend beharren die Alliierten in dem dritten Punkt auf der Unterzeichnung des unveränderten Schlußprotokolls. Ob die darin enthaltenen 400 000 Tonnen Docks, Kräne usw. wirklich abgeliefert werden sollen, wird von der Prüfung dieser Frage auf Grund eines Sachverständigen-Gutachtens abhängen.

Bei den mündlichen Verhandlungen in Paris war man sich anscheinend, wie aus Äußerungen der Entente-Presse, so des „Corriere della Sera“, hervorgeht, auf Grund der deutschen Vorschläge wesentlich näher gekommen. Ueber diese Vorschläge hat wie bereits früher gemeldet, die Entente-Presse mitgeteilt, daß sie die Lieferung von 185 000 Tonnen fertigen und 50 000 neu zu bauenden Materials vorsehen. Die nach Deutschland gesandten Sachverständigen der Alliierten werden vor allem die Angaben zu prüfen haben, die die Deutsche Regierung über den Bestand an Hafennaterial in Paris gemacht hat. Ist es erst so weit, dann wird offenbar in Verhandlungen darüber zu reden sein, wie weit das vorhandene Material für die deutschen Docks und Kräne notwendig ist.

Die Vorfälle darüber werden zweifellos auseinander gehen. Frankreich und diejenigen seiner Verbündeten, die an der Produktionskraft Deutschlands ein Interesse haben, werden die Produktionsmittel, die das Werkmaterial darstellt, in nicht allzugerade Umfang verringern wollen. Diejenigen Gegner aber, denen gerade Deutschland als Produzent unangenehm ist, und gar als Produzent einer neuen Handelsflotte, werden auf eine möglichst starke Verringerung des Hafennaterials drängen.

Bemerkenswert ist, daß man schon jetzt das Gerücht verbreitet hat, Deutschland habe in jüngster Zeit Hafennaterial verkauft, obwohl es doch gleichzeitig betonte, daß das vorhandene Hafennaterial unentbehrlich sei. Amtlich wird dem gegenüber mitgeteilt, daß derartige Verkäufe seit dem 3. November, also seit dem Eintreffen der Forderung der Alliierten auf Ablieferung solchen Materials, nicht erfolgt sind. Frühere Verkäufe haben allerdings stattgefunden. Ueber deren Umfang, über die Art des verkauften Materials und über die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Verkäufe würde in anderem Zusammenhang Aufklärung zu verlangen sein.

Jedenfalls wird die Frage der Ablieferung mancher in ruhigerer und sachlicherer Weise erledigt werden, als es vor Wochen den Anschein hatte. Heute ist man ja in Deutschland allenthalben so weit, daß man, mindestens für die nächsten 24 Stunden, weiß, wer an der Ablieferung des deutschen Hafennaterials am stärksten interessiert ist. Die von uns früher registrierten Äußerungen von französischer Seite, besonders auch der Artikel des „Temps“, der das englische Interesse an der Ablieferung in den Vordergrund stellt, haben jetzt ihre volle Bestätigung erhalten. Wenn man rechtzeitig diesen Zusammenhang erfährt und die Diskussion über das Hafennaterial nicht durch das Hineinziehen anderer Fragen kompliziert hätte, würden heute die Dinge wahrscheinlich weiter fortgeschritten sein, und es bliebe nicht die peinliche Frage noch offen, ob Deutschland genötigt sein wird, vorerst einmal die Ablieferung eines unvollständigen Quantums von Hafennaterial protokollarisch festzusetzen, ehe es nachträglich Erleichterungen erhält.

(Siehe auch vierte Seite.)

Eine Verwahrung Japans.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Genf, 26. Dezember.

Ein bemerkenswerter Zwischenfall hat sich bei der Sitzung des Obersten Rates am 24. Dezember über die deutschen Kolonien ereignet. In der Verteilung der Mandate für die deutschen Kolonien hatte der Oberste Rat beschlossen, Deutsch-Neuguinea und den Bismarck-Archipel an Australien zu geben; aber der Vertreter Japans erklärte, er müsse dagegen Einspruch erheben, da zu befürchten sei, daß Australien seine japanfeindlichen Gesetze auf diese Kolonien ausdehnen werde. Darauf hat der Oberste Rat seine Beschlußfassung vertagt. Mit dem Einspruch Japans ist eine der bedeutendsten Fragen der neuen Weltorganisation aufgestellt, da Japan entschlossen ist, seinen Widerspruch keinesfalls zurückzugeben und die Gleichberechtigung der gelben Rasse durchzusetzen.

Baden und die Reichseinheit.

Von

Prof. Hermann Hummel in Karlsruhe.

Minister des Kultus und Unterrichts.

Wenn man im Verlauf des verflossenen Jahres den Eindruck haben durfte, daß Baden festere Zustände und eine ruhigere Entwicklung habe als das übrige Deutschland, so ist inzwischen eine Art nivellierendes Ausgleich eingetreten. Ordnung und staatliche Sicherheit haben auch anderwärts eine befriedigende Höhe erreicht; dafür leidet Baden um so härter an den Nöten der Kohlenfrage, wobei die Schuld der Kohlenbehörden unerörtert bleiben mag. Das Vorhandensein einer starken Verstimmung aus diesem und aus anderen Gründen gegen die Berliner Zentralbehörden läßt sich indes nicht leugnen.

Ganz gleich wie das übrige Reich leidet man aber hierzulande unter der zunehmenden Verstimmung gegen das Ganze der jetzt getroffenen Ordnung und unter „der wachsenden Unklarheit“ über die wirtschaftliche Lage, wie über die rein politischen Ziele. Es kann nicht verschwiegen werden, daß manche Kreise der Sozialdemokratie, aber auch Kreise der demokratischen Partei, von einer gewissen Unlust an der weiteren Mitverantwortung ergriffen sind.

Aus all diesen Gründen muß angenommen werden, daß die augenblickliche Lage schon starke Reize zu recht verwickelten Situationen treibt. Die jetzt getroffene staatsrechtliche Ordnung hat noch keine tiefe Wurzel schlagen können. Dazu enthält sie ohne Verschulden der jetzigen Verhältnisse zu viel des Unerfreulichen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Also auch wenn man die reine Freude am Stürken und einen gewissen impotenten Ehrgeiz, die empirischen Erlebnisse mancher politischen Aktionen, abzieht, bleibt viel erster Grund, eine Klärung herbeizuführen.

Daß eine Kompromißpolitik, zu der ein Koalitionskabinet verurteilt ist, zwischen Parteien, die in einem überlieferten scharfen Gegensatz zueinander gestanden haben, wie das in Baden der Fall war, bei den Anhängern der Parteien den Eindruck der Schwäche der eigenen Partei erzeugen muß, ist ohne weiteres verständlich. Daß das auch auf die demokratische Partei am stärksten zurückwirkt, ist bloß im Zusammenhang mit der Erscheinung zu verstehen, daß die in ihr vertretenen Schichten vor allem die Träger des staatlichen Einflusses im alten Staat gewesen sind. Sie sind gezwungen, zu Gunsten der bisher künstlich zurückgehaltenen Schichten Boden aufzugeben, und werden darüber verstimmt. Mit Recht da, wo im Drang der Dinge noch ungeschicklich verfahren wird. Hier liegt eine starke Quelle von Mißbehagen gegen die Regierung und gegen die eigenen Männer in ihr, das in der Partei und in Rückwirkung in ihren Beauftragten das unbestimmte Gefühl erregt, ob die Verantwortung dafür und ihre Folgen nicht schwerer wiegen als die Vorteile, die für das Ganze und für die Partei eine Beteiligung an der Regierung enthält.

Es scheint demgegenüber doch nötig, auseinanderzuhalten, daß die Abnützung einzelner Männer, die in so verwickelten Situationen in Kabinetten arbeiten, eine natürliche Erscheinung ist, daß dadurch aber die Grundfrage nicht berührt wird, nämlich daß Baden eine andere als eine Koalitionsgeneration zurzeit nicht ertragen kann, wenn nicht vitale Interessen des Landes, aber auch der ausgeschiedenen Parteien auf das Empfindlichste getroffen werden sollen.

Das Gefühl, für das Land und die Partei auf der Schlachtbank zu liegen — etwas anderes heißt im Augenblick Minister sein nicht —, ist nicht so erhebend, als daß nicht jeder Einzelne gewissenhaft seine Eingeweide prüft, ob er nicht seinen eigenen Interessen folgend, sich in eine angenehme Situation begeben soll, oder ob er es noch tragen kann, weitere Opfer an Zukunftsinteressen, Nervenkraft und Ansehen zu bringen. Daß es also aus persönlichen Gründen notwendig erscheinen würde, an einem deutschen Kabinet zu rütteln, scheint mir recht zweifelhaft zu sein. Das System als solches zu ändern, wäre verhängnisvoll.

Man braucht sich bloß die Unmöglichkeit zu überlegen, jetzt ein sozialistisch-demokratisches Kabinet zu bilden, oder an den Machtverlust der Kreise, die nicht dem Zentrum und der Sozialdemokratie angehören, im Fall eines Kabinetts aus den beiden letzteren Parteien, um sich der Notwendigkeit bewußt zu werden, die Koalition zu erhalten.

Diese Gedankengänge sind aber zu einfach, um nicht unter dem Wust von Verstimmung, von egoistischen Wirtschaftsinteressen, von Kasino- und Klassenpolitik, von antisemitischer und unfruchtbarer nationalistischer Hege verloren zu gehen. Ohne Zweifel hat aber das jetzige Regierungssystem sich nicht stark genug gezeigt, seine Staatsidee propagandistisch durchzusetzen. Das ist ein erheblicher Nachteil einer nicht homogenen Regierung, liegt aber auch begründet in der fehlenden Organisation aller derjenigen, die in der Tat in der neugeschaffenen Republik entschlossene und zielbewußte republikanische Politik zu machen gesonnen sind.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend muß auch an die Diskussion der in der preussischen Landesversammlung aufgeworfenen Frage des unitarischen Staates herangetreten werden.